

Antrag 223/I/2025

Beschluss

Annahme mit Änderungen

Mehr Diversität auf allen Ebenen der Berliner Verwaltung

Der Landesparteitag möge beschließen:

(BPT raus)

Mehr Diversität auf allen Ebenen der Berliner Verwaltung

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats werden aufgefordert, unverzüglich folgende Maßnahmen zur Förderung einer diversen Verwaltung umzusetzen:

1. **Schaffung von Vertreter*innen für Menschen mit Migrationsgeschichte mit folgenden Rechten:** a) Beteiligung an Stellenausschreibungen b) Beteiligung am Auswahlverfahren c) Teilnahme an Bewerbungsgesprächen d) Beteiligung an Beurteilungen e) Einsicht in die Personalakten, sofern und soweit auf deren Inhalt zur Begründung von Entscheidungen Bezug genommen wird oder die Einwilligung der betroffenen Beschäftigten vorliegt f) Einsicht in Bewerbungsunterlagen einschließlich der Unterlagen von Bewerber*innen, die nicht in die engere Auswahl einbezogen wurden
2. **Verankerung von Diversity- und migrationsgesellschaftlicher Kompetenz**
 - Diversity-Kompetenz sowie migrationsgesellschaftliche Kompetenz sollen in Anforderungsprofilen für Stellenbesetzungen regelmäßig, **jedenfalls bei Führungskräften**, als “unabdingbare Voraussetzung” festgelegt werden
3. **Zwingende Einbindung externer Träger:innen mit Diversitätskompetenz**
 - Externe Träger:innen mit Diversitätskompetenz **sollen** systematisch in die migrationsgesellschaftliche Ausrichtung der Behörden auf Landes- und Bezirksebene einbezogen werden, einschließlich gemeinsamer Strategieentwicklung

Begründung

Die Berliner Bevölkerung ist durch eine hohe Vielfalt geprägt: Laut Mikrozensus 2023 haben 39,4 % der Einwohner*innen einen Migrationshintergrund. Demgegenüber steht laut der aktuellen Befragung des Migrationshintergrundes in der Berliner Verwaltung ein Anteil von lediglich 21,7 % Beschäftigten mit Migrationshintergrund im unmittelbaren Landesdienst. Diese Diskrepanz zeigt, dass Menschen mit Migrationsgeschichte in der Berliner Verwaltung unterrepräsentiert sind.

Besonders auffällig ist die geringe Repräsentation in Führungspositionen und bei Beamt*innen, wo der Anteil nur 15,9 % bzw. 15,2 % beträgt. Diese Unterrepräsentation führt dazu, dass die Bedürfnisse und Perspektiven einer bedeutenden Bevölkerungsgruppe nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Um eine Verwaltung zu gewährleisten, die die Vielfalt der Stadt widerspiegelt, sind gezielte Maßnahmen erforderlich. Der vorliegende Antrag zielt darauf ab, durch die Schaffung von Vertreter*innen für Menschen mit Migrationsgeschichte, die Verankerung von Diversity-Kompetenz und die Einbindung externer Träger:innen eine diverse Verwaltung zu fördern und Chancengerechtigkeit zu gewährleisten.

Überweisen an

AGH-Fraktion+Senat